



Stadtkreisverband  
Ludwigshafen am Rhein e.V.

# Jahresbericht 2020



## Arbeiterwohlfahrt

### Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.

Fachdienst für Migration und Integration  
Kurt – Schumacher – Haus

Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

☎ 0621 518015

Fax: 0621 5292156

Mail: [buero@awo-lu.de](mailto:buero@awo-lu.de)

🌐 [www.awo-lu.de](http://www.awo-lu.de)

## Inhalt

1. Migrationsberatung in Zeiten von Corona.....	1
2. Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE).....	2
3. Migrationsfachdienst (MFD) und Asylverfahrensberatung (VB).....	4
4. Migrationssozialberatung.....	6
5. Netzwerke und Kooperationen.....	6
6. Personelle Besetzung und Kontaktdaten.....	8

### **1. Migrationsberatung in Zeiten von Corona**

Die Corona-Pandemie hat seit dem Frühjahr 2020 weltweit Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche. Die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen stellten auch die Mitarbeiter\*innen der Arbeiterwohlfahrt Ludwigshafen vor große Herausforderungen bei der Sicherstellung eines guten Beratungsangebotes, zumal die Pandemie viele unserer Klienten\*innen in besonderer Art und Weise belastet: viele haben ungesicherte Arbeitsverhältnisse, leben in Wohnungen, die zu klein sind und beziehen Leistungen vom Jobcenter bzw. Sozialamt, die schon im normalen Leben kaum ausreichen.

Im ersten Lockdown musste unsere Beratungsstelle ganz für den Publikumsverkehr geschlossen werden. Allerdings ist unsere Beratungsstelle digital gut ausgestattet, daher hat die Umstellung auf Beratung mit Telefon und Mail weitgehend problemlos funktioniert. Die Berater\*innen sind schon seit Jahren wegen des Einsatzes an zwei verschiedenen Standorten mit Diensthandys und Laptops ausgestattet, dadurch

war eine Erreichbarkeit auch im Home-Office von Anfang an gewährleistet.

Die Klienten\*innen, die weniger Technik-affin sind, nahmen eher die Möglichkeit der Telefonberatung in Anspruch als eine Kontaktaufnahme per E-Mail.

Natürlich bedeutete der harte Lockdown zunächst für unsere Klientel eine Einschränkung der Wahrnehmung Ihrer Rechte und Pflichten z. B. dem Jobcenter gegenüber (Antragsstellungen bzw. Einreichung von Unterlagen). Trotz anfänglicher Schwierigkeiten konnten aber viele, auch komplexe, Sachverhalte gemeinsam erfolgreich gelöst werden.

So waren die Erstmeldung von Arbeitslosigkeit oder von Umzugsbegehren beim Jobcenter unter Corona-Bedingungen noch schwieriger als sonst, da dort kaum noch eine persönliche Vorsprache möglich war. In vielen Fällen haben wir wichtige Unterlagen zeitnah als Scan den Behörden zugeleitet, damit Fristen eingehalten und Entscheidungen schnell getroffen werden konnten. Briefe oder Dokumente, die Gegenstand der Beratung waren oder weitergeleitet werden sollten und Formulare, die Klienten\*innen nicht selbst ausfüllen konnten, wurden in den Briefkasten unserer Beratungsstelle geworfen oder als Scan per Mail geschickt. Positiv war die Kooperation mit Kollegen\*innen von Jobcenter und im Laufe der Zeit auch mit der Ausländerbehörde, die – natürlich unter Einhaltung von Datenschutzbestimmungen (Schweigepflichtentbindungen) - bei uns Unterlagen der Klienten\*innen zeitnah anfordern konnten. So wurden z.B. in dieser Zeit mehrere Umzugsanträge positiv beschieden und Aufenthaltserlaubnisse in Form von Fiktionsbescheinigungen verlängert.

Nach Lockerung der Kontaktbeschränkungen haben wir unsere Beratungsangebote und Arbeitsabläufe unter strenger Einhaltung eines Hygienekonzeptes an die Pandemiesituation angepasst. Sowohl in Ludwigshafen als auch in Frankenthal wurden unsere offenen Sprechstunden (d.h. ohne Terminvereinbarung)

bis heute ausgesetzt, aber in schwierigen und dringenden Fällen wieder Präsenzberatungen angeboten. In Ludwigshafen fanden persönliche Beratungen nur mit Termin unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsvorschriften und mit Mund- und Nasenschutz in einem großen Sitzungssaal statt, in dem durch eine breite Fensterfront regelmäßige Belüftung sichergestellt war.

Der Umstand, dass die vier Berater\*innen diesen Saal im Wechsel mit Hilfe einer Terminliste nutzten, führte natürlich zu einer zahlenmäßigen Beschränkung der persönlichen Beratungsgespräche für jede\*n einzelne\*n Mitarbeiter\*in. In Frankenthal wurden nach dem Lockdown persönliche Beratungen ebenfalls wieder nur mit Termin und unter Einhaltung der strengen Hygienekonzepte von Dathenushaus und MGH Frankenthal möglich.

Positiv zu bemerken ist die Tatsache, dass viele unserer Klienten\*innen sich auch nach dem Lockdown selbständig um die Lösung von Problemen gekümmert haben, z.B. selbst Formulare ausgefüllt bzw. Nachbarn und Freunde um Hilfe gebeten haben anstatt auf einen Termin zur Vorsprache in unserer Beratungsstelle zu warten. Durch die naturgemäß vor allem während des Lockdowns gesunkenen Beratungsaktivitäten konnte man allerdings dem Einzelfall mehr Zeit widmen und auch Themen vormerken, die mit den Klienten\*innen noch zu klären sind wie z.B. Aufenthaltsverfestigung, Einbürgerung, Fortbildungsmöglichkeiten etc.. - Themen, die im Tagesgeschäft bei hohem Beratungsaufkommen gerade während der offenen Sprechstunden manchmal vernachlässigt werden, wenn Klienten\*innen sie nicht von sich aus ansprechen.

## **2. Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)**

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ist ein eigenständiges, freiwilliges, migrationsspezifisches Grundberatungsangebot für Zugewanderte. Das Programm wird durch das Bundesministerium des

Innern, für Bau und Heimat (BMI) gefördert, für die Koordinierung und ordnungsgemäße Durchführung der MBE vor Ort ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig. Am 27.10.2020 wurden vom BMI neue Förderrichtlinien erlassen, danach soll die MBE „zu einer Verbesserung und Sicherung der Lebenslagen der Zugewanderten beitragen, indem sie unter anderem unterstützend tätig ist bei/m:

- der Bewältigung des Alltags (Wohnungssuche, öffentliche und private Versorgungsleistungen)
- Erlernen der deutschen Sprache, insbesondere durch die Vermittlung in Sprachkurse
- behördlichen Angelegenheiten
- der finanziellen Absicherung des Lebensunterhalts
- Arbeitssuche und Berufswahl
- der beruflichen Fortbildung
- der Vermittlung von Kinderbetreuungsangeboten und schulischen Weiterbildung von Kindern
- Krankheit und Schwangerschaft
- Konfliktsituationen, z.B. in sozialen und familiären Problemlagen.“ (*Förderrichtlinien zur Durchführung der MBE, 2020*).

Gemäß den Empfehlungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollten Fragen und Anliegen von Ratsuchenden zu Pandemiezeiten möglichst ohne persönlichen Kontakt geklärt werden.

Die Zahl der MBE-Klienten\*innen die arbeitslos wurden bzw. von Kurzarbeit betroffen waren, nahm ab dem Lockdown rapide zu, daher werden bis heute Themen wie z.B. Fragen zum Kurzarbeitergeld und zum Sozialschutzpaket Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) und zu Sozialhilfe (SGB XII) sehr nachgefragt.

Es gab auch vermehrt Fälle von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte/Arbeitsschutzgesetze, so mussten besonders Personen, die in Lagerlogistik, Paketversand oder Gebäudereinigung tätig sind, häufig, z. T. sogar unbezahlte, Mehrarbeit leisten.

Klienten\*innen berichteten vermehrt über schlechte Arbeitsbedingungen, ausstehende Lohnzahlungen bei Kurzarbeit und Mobbing am Arbeitsplatz. Eine frühzeitige Arbeitssuchendmeldung bei der Bundesagentur für Arbeit telefonisch oder online über die Internetplattform der BA war für viele Klienten\*innen aufgrund der sprachlichen Barrieren nur mit großer Mühe und häufig erheblicher Zeitverzögerung realisierbar, was eine strukturelle Benachteiligung dieser Gruppe von Menschen bedeutet.

Seit Jahren führt eine starke Zuwanderung nach Ludwigshafen und in die Region zu einer großen Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen. Pandemiebedingte Kurzarbeit und Kündigung von Arbeitsverhältnissen bei gleichzeitig steigenden Miet- und Energiekosten führten natürlich vermehrt zu Schulden der Ratsuchenden. Bei Mietschulden drohte Wohnungsverlust durch Kündigung des Vermieters, weil die Sonderregelung zum Kündigungsschutz ab 1. Juli 2020 nicht verlängert wurde. Wenn beim lokalen Energieanbieter TWL Forderungen offen waren, weil Zahlungen aus Pandemiegründen nicht erfolgten, so konnte vorübergehende Stundung erwirkt werden.

In Fällen von Themen wie z.B. Kreditschulden, Zahlungsforderungen von Inkassounternehmen etc. verweisen wir an die Kollegen\*innen der örtlichen Verbraucherzentrale.

Natürlich wurde die Teilnahme an Integrations- und Berufssprachkursen durch die Pandemie negativ beeinflusst, Sprachberatung und Kursangebote bei den Kursträgern fanden längere Zeit gar nicht oder nur virtuell statt. Trotzdem war das Interesse an Kursen groß, vor allem nach den Sommerferien.

Klienten\*innen wurden mit Rat und Tat bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche und bei den Bewerbungsverfahren unterstützt. Das Interesse am Zugang zu Pflege- und Gesundheitsberufen war besonders groß, mit unserer Unterstützung ist es einigen Klienten\*innen gelungen, in diesem Bereich ein Ausbildungsverhältnis aufzunehmen. Auch bei Zeugnisbewertung und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wurden

Kunden\*innen intensiv betreut. Pandemiebedingt gering war die Nachfrage nach Informationen zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das am 01. März 2020 in Kraft trat.

Leider haben Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen deutlich zugenommen.

Negative Auswirkungen hatte die Pandemie auch auf die Realisierung von Familienzusammenführungen Geflüchteter. Die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland waren zeitweise geschlossen, ebenso die Beratungsstellen des IOM (Internationale Organisation für Migration) an Standorten wie Addis Abeba, Beirut oder Erbil, die die Angehörigen beim Visumsverfahren unterstützen. Termine wurden abgesagt, die Verunsicherung bei den Geflüchteten und ihren Familienangehörigen, die zum Teil schon seit vielen Jahren getrennt sind, war groß, die psychische Belastung erheblich, vor allem, als im November 2020 im Grenzgebiet zwischen Eritrea und Äthiopien zu kriegerischen Auseinandersetzungen kam. In diesem Gebiet liegt ein großes Flüchtlingslager, in dem Angehörige unserer eritreischen Klienten auf das Visum für Deutschland warten. Die Sorge unserer Klienten um ihre Angehörigen war immens und immer wieder Gegenstand von Beratungsgesprächen.

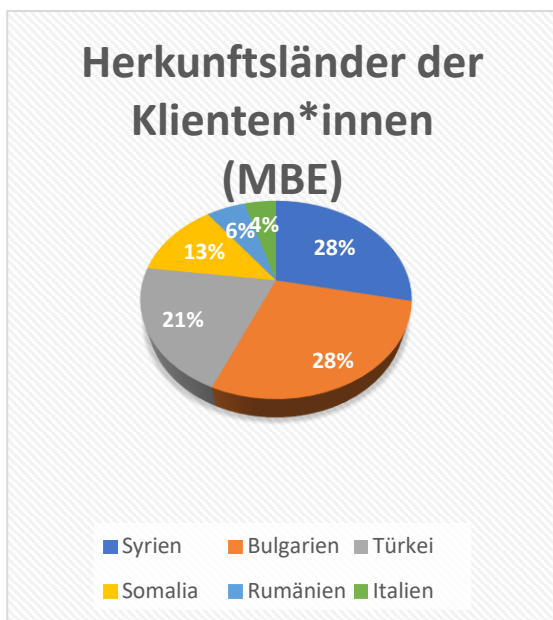
Eine Verschärfung der Voraussetzungen bei der Familienzusammenführung eritreischer Familien hat die Lage dieser Personengruppe noch weiter verschlimmert. Positiv anzumerken ist die gute Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen der IOM vor Ort und mit einigen der Botschaften, per Mail und unter Einhaltung des Datenschutzes.

**Statistische Daten (MBE):** Laut dem Statistikprogramm KIBNET haben beide MBE-Fachkräfte im Berichtszeitraum 694 Personen beraten. Mit den dort registrierten Klienten\*innen wurden insgesamt 2066 Beratungsgespräche (Präsenzberatungen und Telefongespräche) durchgeführt. Kurzberatungen unter 15 Minuten Anfragen werden in diesem Statistikprogramm nicht berücksichtigt.

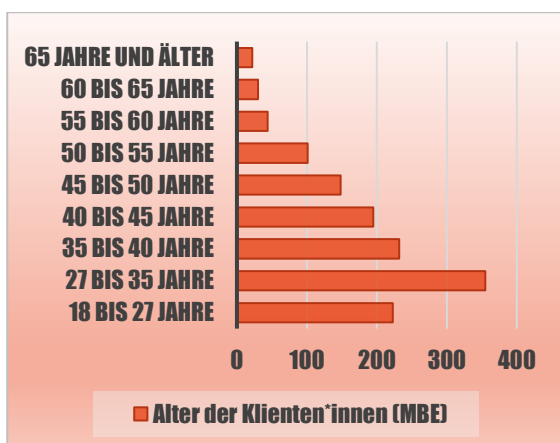
Die Zahl der Klienten\*innen ging im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. Bemerkenswert ist die hohe Anzahl der Neuzugänge (330 Personen) trotz der Pandemie.

Ab Sommer 2020 haben viele bulgarische und italienische Unionsbürger\*innen, die ursprünglich aus der Türkei stammen, frühzeitig nach ihrer Einreise unser Beratungsangebot in Anspruch genommen.

Nach der KIBNET-Statistik stammt die Mehrheit der Klienten\*innen wie im Vorjahr aus EU-Staaten (478 Personen) gefolgt von Personen aus Syrien (269 Personen), aus afrikanischen Staaten (217 Personen) und aus der Türkei (195 Personen).



Die größte Gruppe der Klienten\*innen aus den EU-Ländern bildeten Personen aus Bulgarien mit 266 Personen. Die Zahl der Personen aus Somalia stieg auch im Berichtszeitraum weiter an.



### 3. Migrationsfachdienst (MFD) und Asylverfahrensberatung (VB)

Diese beiden aus Landesmitteln geförderten Stellenanteile sind in Ludwigshafen und in Frankenthal durch eine Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt, die beide Stellen mit je 0,50 % innehat, vertreten. Der Migrationsfachdienst hat eine langfristige Begleitung des Integrationsprozesses zum Ziel und unterstützt sowohl neuzugewanderte als auch schon lange hier ansässige Migranten\*innen unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Das Beratungsangebot können außer EU-Bürgern, Drittstaatlern mit Aufenthaltsstatus, anerkannte Flüchtlinge und Spätaussiedler auch Asylsuchende, Geduldete und Menschen ohne Papiere in Anspruch nehmen.

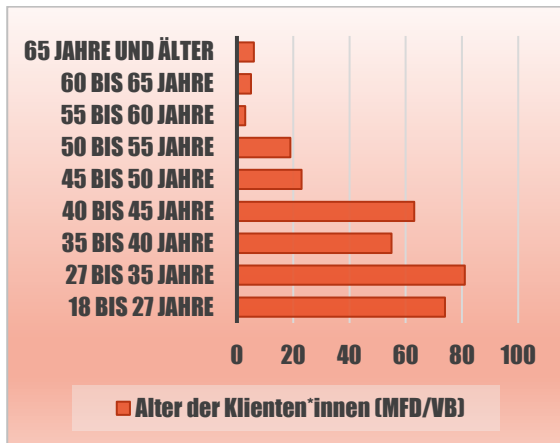
Aufgrund der Corona-Pandemie fanden ab Mitte März bis Ende April auch beim MFD/VB keine persönlichen Beratungen mehr statt, die Nachfrage nach Telefonberatung war sehr groß, die Umstellung auf die digitalen Medien hat problemlos funktioniert. Auch im Home-Office hat die Stelleninhaberin eine kontinuierliche Erreichbarkeit gewährleistet und viele komplexe Sachverhalte digital erfolgreich gelöst. Selbstverständlich wäre ein persönlicher Kontakt bevorzugt worden, die Ratsuchenden wurden aber ermutigt selbständig zu handeln, die Ämter zu kontaktieren und Anträge eigenständig auszufüllen, was in den meisten Fällen auch gut funktionierte.

Die Berater\*innen erhielten durch die Änderungen in der Struktur der Arbeit die Möglichkeit, den Beratungsalltag besser zu strukturieren, sich intensiver mit den Anfragen der Kunden zu befassen und dringende Sachverhalte bevorzugt zu behandeln.

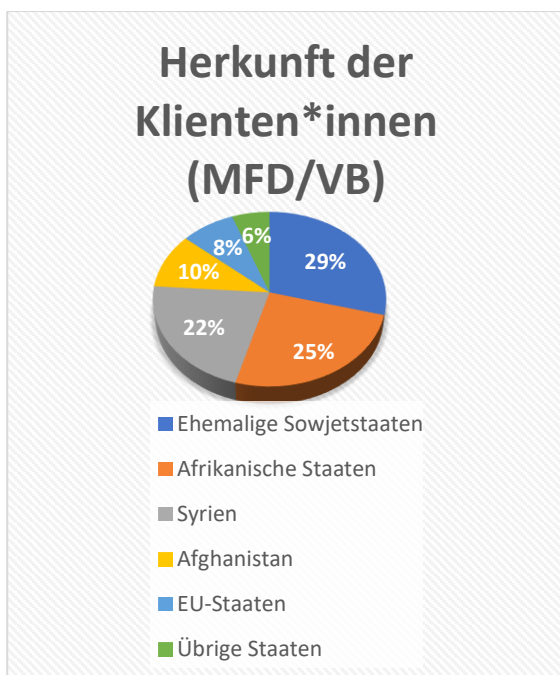
**Statistische Daten:** Die Corona-Krise spiegelte sich deutlich sowohl in der Anzahl der Kunden als auch in der Anzahl der durchgeführten Beratungsgespräche wider.

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 330 Menschen beraten und 914 Beratungsgespräche geführt (Ludwigshafen: 279 Kunden/746 Beratungs-

gespräche, Frankenthal: 51 Kunden/168 Beratungsgespräche). Über 60% der Ratsuchende waren nach wie vor männlich, zwischen 20-45 Jahre alt. Die Telefon- und Emailberatungen sowie kurze Beratungen wurden nicht in die Statistik aufgenommen.



Die meisten Ratsuchenden im Bereich MFD/ VB kamen aus den ehemaligen Sowjetländern, aus afrikanischen Staaten, Syrien, Irak und Afghanistan.



Die häufigsten Beratungsthemen im Jahr 2020 waren Zugang zu Sozialleistungen (ALG I, SGB II, AsylbLG), aufenthaltsrechtliche Fragen, Asylverfahren, Bleibeperspektiven, Arbeits- und

Ausbildungsplatzsuche und Spracherwerb, aber auch Verschuldung und finanzielle Probleme wurden oft in der Beratung thematisiert.

Die Stelleninhaberin kooperierte auch dieses Jahr eng mit den Sozialbehörden und sorgte so für die Sicherung des Lebensunterhalts der Klientel. Leider gab es im Jahr 2020 auffallend viele Schwierigkeiten mit der Postzustellung. Oft wurden wichtige behördliche Schreiben nicht zugestellt, was Probleme verursachte und große Unzufriedenheit bei den Betroffenen auslöste.

Ein weiteres großes Problem stellten Corona-bedingte Kündigungen und Arbeitslosigkeit durch nicht verlängerte befristete Verträge dar. Einige Personen mussten in Kurzarbeit gehen, viele haben ihre Arbeit dauerhaft verloren. Sie mussten sich bei der Agentur für Arbeit melden, was sich im Alltag als Problem herausstellte. Einige haben durch die späte Meldung Ihren Anspruch auf Leistungen verloren, wodurch bei den Krankenkassen Versicherungslücken entstanden. Außerdem war die Bearbeitung der Anträge bei der Agentur für Arbeit sehr schleppend, die Kunden mussten oft wochenlang auf ihr Geld warten.

Auffallend groß war die Nachfrage nach der Verfestigung des Aufenthaltsstatus in Form einer Niederlassungserlaubnis und nach Einbürgerung. Als Grund nannten die meisten die Verschärfungen der Zuwanderungsgesetze sowie die vom BAMF häufig eingeleiteten Widerrufs- und Rücknahmeverfahren bei Geflüchteten. Auch Familienmitglieder, die vor Jahren im Rahmen des Familiennachzugs gekommen waren, meldeten sich und äußerten den Wunsch, einen eigenen Asylantrag für sich und für die Kinder zu stellen. Ein weiteres Problemfeld war das Thema Identitätsklärung bzw. die Aufforderung zur Mitwirkung bei der Passbeschaffung von somalischen Staatsbürgern. Die Betroffenen erhielten Fiktionsbescheinigungen bzw. Duldungen wegen ungeklärter Identität, was wiederum zur Gefährdung des Arbeitsplatzes oder zum Arbeitsverbot führte.

Menschen mit Duldung oder mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus erhielten auch dieses Jahr eine ausführliche Beratung über die Bleiberechte in Deutschland. Viele langjährig geduldeten Personen und Familien konnten mit Hilfe der Beratungsstelle eine sichere Duldung, in manchen Fällen aber auch eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Der Spracherwerb stand trotz der Corona-Pandemie weiterhin im Vordergrund. Allerdings mussten viele Interessenten\*innen lange auf einen Platz im Integrationskurs warten, da die Kursträger ihre Kurse neuen Corona-Vorschriften anpassen mussten. Viele Sprachkursträger stellten ihre Kurse auf Online-Unterricht um. Anfangs waren viele Teilnehmer\*innen skeptisch, mit der Zeit wurden die Ängste aber abgebaut. Ratsuchende mit einer Duldung oder einer Aufenthaltsgestattung konnten sich auch dieses Jahr bei der VHS der Stadt Ludwigshafen für die kostenlosen Deutschkurse anmelden.

Neben dem Beratungsangebot wurden in Ludwigshafen und Frankenthal auch Netzwerktreffen durchgeführt. Der fachliche Austausch, die Kooperation und die gegenseitige kollegiale Unterstützung im Bereich Integration/Migration waren besonders in Corona-Zeiten sehr von Vorteil.

#### 4. Migrationssozialberatung

Die von der Stadt Ludwigshafen geförderte Stelle ist für die allgemeine Migrationssozialberatung zuständig.

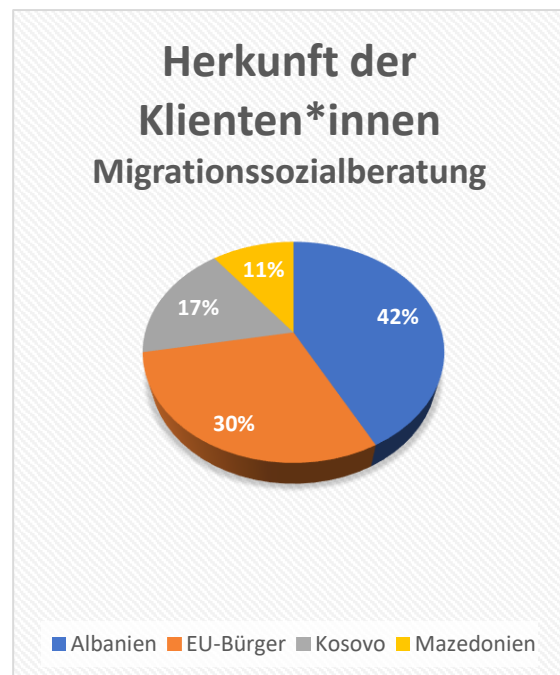
Vor allem aus dem Westbalkan mit einem Arbeitsvisum eingereiste Menschen erhielten Unterstützung beim Ankommen und bei der Erstorientierung. Anmeldeformalitäten, Spracherwerb, Wohnungssuche, Familiennachzug und Arbeitsplatzwechsel standen im Mittelpunkt der Beratung.

Leider war die Pandemie bei dieser Klientel sehr oft Auslöser von häuslicher Gewalt in den Familien. Nicht selten wandten sich die

städtischen Mitarbeiter\*innen direkt an die Beratungsstelle und baten um Hilfe und Kooperation. Die meisten von der Gewalt betroffenen Frauen waren anfangs verängstigt und leider nicht in der Lage, ihre Rechte gegenüber ihren gewalttätigen Ehemännern durchzusetzen. Sie erhielten ausführliche Beratung über Frauenrechte und soziale Absicherung in Deutschland, sie wurden darin bestärkt, offen und ehrlich mit der Polizei und mit den Behörden über die Gewalt in der Familie zu sprechen.

**Statistische Daten:** Insgesamt wurden 200 Menschen beraten und 836 Beratungsgespräche durchgeführt (E-Mal und Telefonberatungen wurden ebenfalls in die Statistik aufgenommen).

Die meisten Ratsuchenden der Stelleninhaber\*innen kamen aus Albanien, Kosovo, Mazedonien und EU-Staaten (Italien, Griechenland, Bulgarien).



#### 5. Netzwerke und Kooperationen

Wie bereits erwähnt ist die Beantragung von ALG I für Menschen, die keine Internetkompetenz haben und deren Deutschkenntnisse gering sind, extrem schwierig. In der Regel wird auf eine

Antragstellung von ALG I Leistungen online verwiesen, die telefonische Bitte um Zusendung von Anträgen auf ALG I in Papierform blieben oft lange unbeantwortet. Alle Berater\*innen der Arbeiterwohlfahrt hatten Klienten\*innen, die wochenlang auf ALG I-Leistungen warten mussten und in existentielle Notlagen gerieten. Im Gegensatz zu den Kollegen\*innen des Jobcenters sind die zuständigen Mitarbeiter\*innen der Agentur für Arbeit für die Berater\*innen leider nicht erreichbar, weder telefonisch noch per Mail. Die Kooperation mit den Kollegen\*innen des Jobcenters war mehrheitlich vertrauensvoll und von Wertschätzung für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit geprägt, ebenso die Zusammenarbeit mit den Kollegen\*innen der Kursanbieter, und der Stadtverwaltungen in Ludwigshafen und Frankenthal.

Mit der Ausländerbehörde Ludwigshafen gestaltete sich die Kooperation zu Beginn der pandemiebedingten Einschränkungen (Lockdown) zunächst als teilweise schwierig, während des ersten Lockdowns verloren einige unserer Klienten\*innen ihre Arbeit, da z.B. dringende Anfragen sowohl per Telefon als auch per Mail wegen ausstehender Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gar nicht beantwortet oder Fiktionsbescheinigungen zu spät verschickt wurden. Im Laufe des Jahres wurde die Erreichbarkeit der Mitarbeiter\*innen dieser Behörde erheblich verbessert.



## 6. Personelle Besetzung und Kontaktdaten

### Vorsitzender

#### Holger Scharff

Telefon 0177 2145868  
Telefax 0621 5292156  
E-Mail vorstand@awo-lu.de

### Verwaltung und allgemeine Information

#### Matthias Gärtner

Bürozeiten Montag bis Freitag  
10:00 Uhr bis 12 Uhr und 14 Uhr bis 16 Uhr  
Telefon 0621 518015  
Telefax 0621 5292156  
E-Mail buero@awo-lu.de

### MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (gefördert durch das Bundesministerium des Innern - BMI)

#### Maria Khanian Lish (Diplompädagogin)

Telefon 0621 5292107  
Mobil 0176 845 483 95  
E-Mail khanian@awo-lu.de  
Adresse Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen  
Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal  
Sprachen Deutsch, Englisch, Türkisch und Französisch

### MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (gefördert durch das Bundesministerium des Innern - BMI)

#### Seçkin Durusoy (Pädagoge, M.A)

Telefon 0621 515801  
Mobil 0176 845 483 96  
E-Mail durusoy@awo-lu.de  
Adresse Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen  
Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal  
Sprachen Deutsch und Türkisch

**MFD - Migrationsfachdienst und VB - Asylverfahrensberatung Landesprogramm  
(gefördert durch das Land Rheinland-Pfalz)**

**Ekaterine Degen (Germanistin, M.A)**

Telefon 0621 511706  
Mobil 0176 845 483 94  
E-Mail degen@awo-lu.de  
Adresse Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen  
Kanalstr.6, 67227 Frankenthal  
Sprachen Deutsch, Englisch, Russisch und Georgisch

**Migrationssozialberatung  
(gefördert durch die Stadtverwaltung Ludwigshafen)**

**Shpresa Cellmer (Sozialberaterin)**

Telefon 0621 5292047  
Handy 0176 845 483 97  
E-Mail cellmer@awo-lu.de  
Adresse Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen  
Sprachen Deutsch und Albanisch

An dieser Stelle bedanken wir uns bei allen Unterstützer\*innen und Kooperationspartner\*innen für Ihre die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2020.

In besonderem Maße möchten wir uns wie immer auch bei den Menschen bedanken, die als Unterstützer\*innen ihre Verwandten, Nachbarn oder Bekannten Ratsuchende in unsere Beratungsstelle begleitet haben.

Unser besonderer Dank gilt in diesem Jahr Herrn Engelbert Apelt, der als Regionalkoordinator des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Integrationsarbeit in Ludwigshafen und in Frankenthal über fast ein Jahrzehnt begleitet hat und uns immer mit Rat und Tat zur Seite stand.

Zum Jahresende übernahm Herrn Dan-Marvin Frosting die Koordination für Ludwigshafen, Herr David Schwarz ist im Auftrag des BAMF für Frankenthal zuständig, wir freuen uns auf eine ebenso gelingende Kooperation zum Wohle der gemeinsamen Klientel.

Zu Beginn des Jahres 2021 wechselt Maria Khanian Lish in den Migrationsfachdienst (MFD), die Stelle in der Migrationsberatung (MBE) wurde Ekaterine Degen übernommen. Die halbe Stelle der Verfahrensberatung in Frankenthal wurde durch eine ehemalige Praktikantin der Arbeiterwohlfahrt, Frau Daniela Caruana, besetzt.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



**Ludwigshafen**  
Stadt am Rhein

